



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Politische Partizipation - wie können sich Jugendliche
beteiligen?*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de



III.2

Politik

Politische Partizipation – Wie können sich Jugendliche beteiligen?

Harald Schneider



© RAABE 2020

© Chinnapong/Stock/Getty Images Plus

Die Zufriedenheit mit der Demokratie als Staatsform in Deutschland ist leicht angestiegen, das Vertrauen in die Politik hingegen ist gesunken. Immer mehr Menschen gehen dazu über, ihre Interessen und Bedürfnisse durch Eigeninitiative zu befördern. Das unübersehbare Aufkommen von Fridays for Future zeigt, dass auch die Jugend ihre Teilhabe an Entscheidung in Gesellschaft und Staat einfordert. Was also bedeutet und bewirkt Partizipation?

KOMPETENZPROFIL



Klassenstufe:	ab Klasse 8
Dauer:	8–9 Unterrichtsstunden
Kompetenzen:	Bedeutung der Partizipation für die Demokratie erkennen; bürgerschaftliches Engagement analysieren; Partizipationsregelungen beurteilen; Möglichkeiten der Eigeninitiative überprüfen und kritisch bewerten; ein Fallbeispiel analysieren und diskutieren
Medienkompetenzen:	Suchen, Verarbeiten und Aufbewahren (1); Problemlösen und Handeln (5)
Thematische Bereiche:	Partizipation, Jugendbeteiligung, Formen der Beteiligung, Umfragen, gesetzliche Regelungen, Organisation von Beteiligung, Fallanalyse
Medien:	Texte, Bilder, Statistiken, Umfragen, Artikel, Zitate, Gesetzestexte

Fachliche Hinweise

Mitbestimmen – nicht nur teilnehmen, sondern auch an politischen, gesellschaftlichen Prozessen und Entscheidungen teilzuhaben –, das ist Partizipation.

Im Zuge der gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung zeichnen sich tiefgreifende Veränderungen ab, die zu einer zunehmenden Be- und Überlastung des Staatsapparates führen. Damit einhergehend verliert die Bevölkerung – und hier besonders die Jugend – zunehmend das Vertrauen in den politischen Apparat und dessen Steuerungsfähigkeit. Vor diesem Hintergrund ergibt sich ein wachsender Bedarf an zivilgesellschaftlicher Mitgestaltung. Gleichzeitig besteht auch ein Trend zu aktiver Wahrnehmung gesellschaftlicher Einflussnahme. Nicht zuletzt die mobilisierende Fridays-for-Future-Bewegung gibt ein beredtes Zeugnis dieser Entwicklung ab.

Eine bedeutende Anzahl von Menschen ist nicht mehr bereit, Entscheidungen allein den politischen Repräsentierenden in Gemeinderäten und Parlamenten zu überlassen oder an die Expertinnen und Experten der Verwaltung auszulagern. Die Erprobung und Einführung verschiedener Formen der Partizipation ist daher ein Gebot der Stunde. Positive Impulse für die politische Kultur, wie die Bekämpfung von Politikmüdigkeit und Desinteresse an politischen Sachverhalten und Entwicklungen, müssen verstärkt werden. Auch und gerade die Jugend muss über Möglichkeiten zur politischen Beteiligung informiert und permanent zur Teilnahme ermutigt werden.

Damit Partizipation wirksam werden kann, reicht es nicht aus, dass Interessen artikuliert werden, sie müssen aufgegriffen werden von denjenigen, die über den notwendigen Einfluss verfügen, um diese auch umzusetzen. Nicht zu leugnen ist jedoch, dass Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft nicht über eine einflussreiche Lobby verfügen, die sie in ihren spezifischen Interessen unterstützen könnte. Die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen findet ihre Grenzen, sobald sie mit Konsequenzen verbunden sind, v. a. wenn der finanzielle Aspekt in den Fokus rückt. So werden in Zeiten knapper Kassen sicherlich Projekte priorisiert werden, die im Verständnis der Kommunalpolitiker „wichtiger“ sind, als beispielsweise eine Skateranlage einzurichten. Dabei findet das Argument Verwendung, dass Jugendlichen aus Mangel an Erfahrung politischer Durchblick und Übersicht fehlen, in Verkennung der Tatsache, dass gerade die Beteiligung das Mittel ist, um politisches Verständnis zu fördern.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist in einer Reihe von Verträgen und Gesetzen festgelegt. Den großen Rahmen bildet die UN-Kinderrechtskonvention. Auch das Sozialgesetzbuch (SGB VIII) und das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) sehen eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ausdrücklich vor. Die Ebene, auf der Kinder und Jugendliche mit einiger Aussicht auf Erfolg tätig sein können, ist die kommunale Ebene. Einige Bundesländer haben deshalb Interpretations- und Umsetzungsempfehlungen hinsichtlich der Partizipationsrechte Jugendlicher in der Gemeindeordnung festgeschrieben. Allerdings gibt es hinsichtlich der Verbindlichkeit unterschiedliche Ausprägungen: Die Formulierungen reichen von „Kann“- , „Soll“- bis zu „Ist-/muss“-Bestimmungen. Beteiligung aber sollte nicht vom guten Willen der Kommune abhängen, sondern verpflichtend festgeschrieben werden.

Jugendbeteiligung ist für den Erhalt und die Stabilität unserer Demokratie absolut notwendig, denn Mitreden heißt auch Mitentscheiden und damit Mitgestalten des eigenen Lebensumfeldes. Dies ist letztlich der Wesenskern der Demokratie.

Alle Entscheidungen und Handlungen des Staates müssen auf den Willen „des Volkes“ zurückgeführt werden können. Durch die Einbeziehung der Jugend in Gestaltungsprozesse könnten tragfähige Entscheidungen getroffen und nachhaltige Entwicklungen angegangen werden.

Empirische Studien zeigen, dass erfolgreiche Erfahrungen in Sachen Partizipation die Bereitschaft stärken, sich einzubringen. Ernst gemeinte Angebote in Schule, Gemeinde und Freizeiteinrichtungen sind maßgeblich für die Entwicklung einer aktiven Jugend und für das viel zitierte „Einmischen in die eigenen Angelegenheiten“:

Partizipation¹ ...

- fördert das Gemeinwohl.
- erhöht im Falle des Erfolges die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie, sie stärkt das Vertrauen in die demokratischen Institutionen.
- stärkt das politische Interesse und die demokratischen Kompetenzen.
- erhöht die Akzeptanz von Politikentscheidungen.
- verhindert Fehlplanungen und Fehlinvestitionen.

Didaktisch-methodisches Konzept

Die vorliegende Unterrichtseinheit gibt einen Einblick in Möglichkeiten und Formen politischer Beteiligung Jugendlicher auch im Sinne einer Anleitung zu eigenem Handeln. Ausgehend von einer Analyse der aktuellen Befindlichkeit Jugendlicher im Hinblick auf Politik und Demokratie anhand von Grafiken und beispielhaft an der Fridays-for-Future-Bewegung festgemacht, führt die Klärung des Begriffs „Partizipation“ hin zu den bestehenden gesetzlichen Regelungen. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Gesetzestexten soll v. a. den Aspekt der Verbindlichkeit in den Vordergrund rücken.

Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten die Vielfalt von Aktivitätsformen innerhalb ihres engeren politischen Bereiches und unterziehen dabei ihre bisher getätigten eigenen Aktivitäten einer Überprüfung. Eine Befragung im Klassenverband soll klären, inwieweit die Schülerinnen und Schüler bereit wären, sich künftigen Beteiligungsunternehmungen anzuschließen. Dabei nehmen sie Kenntnis von der Vielfalt der Möglichkeiten. Der Vergleich mit einer Infas-Umfrage soll klären, ob das Ergebnis der Klasse signifikante Unterschiede ergibt oder ob es sich im Rahmen der Untersuchung bewegt. Eine Diskussion, weshalb eine bestimmte Form der Beteiligung favorisiert wird, sollte das Ergebnis reflektieren.

Anhand eines konkreten jugendbezogenen Projekts auf kommunaler Ebene erfahren die Schülerinnen und Schüler, wie die Planung eines zielorientierten erfolgreichen Projekts gestaltet werden kann. Mithilfe eines vorgegebenen Rasters werden die einzelnen Schritte analysiert. Da sich Partizipation in unterschiedlichen Bereichen und Formen vollzieht, informiert eine Zuordnungsaufgabe über weitere konkrete Projekte, an denen Jugendliche beteiligt werden können. Sie problematisiert aber auch die Herausforderung, verschiedene Vorhaben konsequent und zielführend zu erarbeiten. Mittels eines Fallbeispiels, das die tägliche Erfahrungswelt der Schülerinnen und Schüler betrifft, wird vor dem Hintergrund des Erlernten dahingehend diskutiert, wie eine potenzielle Teilhabe am Entscheidungsprozess ablaufen könnte und das Erlernte angewendet.

¹ Vgl.: https://beteiligungportal.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/140905_Demokratie-Studie.pdf

Auf einen Blick

Wie hängen Demokratie und Partizipation zusammen?

1. Stunde

Kompetenzen: Die Jugendlichen setzen sich mit der Interdependenz von Partizipation und Demokratie auseinander und bestimmen Begriffe.

M 1 **Demokratie und Partizipation**

Besteht Interesse und Engagement von Jugendlichen in der Politik?

2. Stunde

Kompetenzen: Die Schülerinnen und Schüler erstellen eine Bestandsaufnahme hinsichtlich des politischen Engagements Jugendlicher.

M 2 **Zufriedenheit mit Demokratie und Politik**

M 3 **Fridays for Future**

Wie beteiligt die Politik Jugendliche?

3. Stunde

Kompetenzen: Die Lernenden machen sich mit Inhalt und Reichweite des Begriffs „Partizipation“ vertraut.

M 4 **Was ist Partizipation?**

Wie können wir uns engagieren? – Individuelle Beteiligungsoptionen

4./5. Stunde

Kompetenzen: Die Schülerinnen und Schüler überprüfen ihre unternommenen bzw. potenziellen Beteiligungsbemühungen.

M 5 **Umfrage – Wo und wie habt ihr euch schon einmal beteiligt?**

M 6 **Umfrage – Was würdest du tun?**

Die einzelnen Schritte zur Partizipation an einem Fallbeispiel

6. Stunde

Kompetenzen: Die Lernenden kennen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Partizipation.

M 7 **Jugend setzt Zeichen – Ein Beispiel aus Wannweil**

M 8 **Unterschiedliche Bereiche und Formen politischer Partizipation**

Rollenspiel: Fußgängerübergang in R-Stadt

7./8. Stunde

Kompetenzen: Die Schülerinnen und Schüler diskutieren eine verkehrsplanerische Maßnahme.

M 9 **Neubau oder Abriss? – Wir mischen uns ein**

Hinweise und Erwartungshorizonte



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Politische Partizipation - wie können sich Jugendliche
beteiligen?*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

